

## Stand der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien

entsprechend Beschluss des Landtages Brandenburg, Drs. 5/6806-B, vom 27. Februar 2013

### **Solider Neustart und Perspektiven eröffnet**

Mit den vom Kabinett im Mai 2012 beschlossenen Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung besitzt das Land Brandenburg „...einen zeitgemäßen, modernen Ansatz für die Gestaltung der Politik in der Einen Welt, der Entwicklungspolitik in eine enge Verbindung mit der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg stellt...“<sup>1</sup>.

Die Landesregierung hatte sich vorgenommen, die Entwicklungspolitischen Leitlinien von 1999 an die heutigen Bedingungen anzupassen. Dazu gehörte deren Einordnung in die internationale Dimension der „Nachhaltigen Entwicklung“. Die Leitlinien dienen als Bezugspunkt und Ansporn, das bislang jeweils anzutreffende isolierte Denken in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Umweltbewegung, Globalisierungsdebatten, Sicherheits- und Friedenspolitik u.a. aufzugeben und die gemeinsamen Herausforderungen zukünftig integrativ anzugehen.

Im Ergebnis eines strukturierten Dialogs mit vielen Akteuren der brandenburgischen Entwicklungspolitik enthalten die neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung darüber hinaus

- konkrete Maßnahmen und die Definition von Schwerpunktbereichen,
- die Selbstverpflichtung zur stärkeren bundesweiten Einbindung der Landespolitik,
- die Festschreibung eines transparenten Monitoring-Prozesses unter den Beteiligten, der auch Neuentwicklungen berücksichtigen wird.

### **Bessere Vernetzung für Transparenz und mehr Qualität**

Die Entwicklung in 2013 zeigt, dass der gewählte neue Ansatz der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung erste Früchte trägt. Der neue Bezugsrahmen für die Themen der Entwicklungspolitik hat

- die Kooperation und Koordinierung im Bereich der Entwicklungspolitik innerhalb der Landesregierung befördert,
- den Nichtregierungsorganisationen eine inhaltliche Orientierung bei der Entwicklung von Projekten und damit verbundenen Anträgen auf finanzielle Unterstützung gegeben,
- den Austausch der Stakeholder insgesamt vertieft und
- die Abstimmung mit den anderen Bundesländern, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und bundesweit tätigen Nichtregierungsorganisationen befördert.

---

<sup>1</sup> Siehe Beschluss des Landtages Brandenburg, Drs. 5/6806-B, vom 27. Februar 2013

Im Ergebnis konnte das auf diese Weise gebündelte brandenburgische Know How auch in aktuelle Diskussionen auf EU-Ebene eingebracht werden.

Im Zentrum der Bemühungen um eine effektivere Vernetzung innerhalb des Landes Brandenburg steht der „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“. Er findet jährlich in der ersten Jahreshälfte auf Einladung des Verbundes Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB) und des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (MWE) statt. Im Juni 2013 wurde der 4. Round Table durchgeführt und hat – nach aktiver Teilnahme im Rahmen der Erarbeitung der Leitlinien – zum ersten Mal seine Monitoring-Funktion wahrgenommen.

Der Entstehungsprozess selbst und die Erfahrungen im ersten Jahr des Bestehens wurden von den Mitgliedern insgesamt positiv bewertet. Die Protokolle aller bisherigen Sitzungen – mit Festlegungen und (selbst-) kritischen Hinweisen und Empfehlungen - befinden sich auf der parallel zum Round Table eingerichteten Internet-Plattform unter <http://entwicklungspolitik-brandenburg.mixxt.de>.

### **Zusammenwirken der Ressorts**

Bezüglich der Abstimmung innerhalb der Landesregierung kann festgehalten werden, dass in Vorbereitung und Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien die intensivere Zusammenarbeit – insbesondere des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport(MBJS), des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV), des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF), des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) und des MWE – dem Sachgebiet eine neue Aufmerksamkeit und Qualität in der Landespolitik gesichert hat. Die administrative und planerische Arbeit profitiert vom fächerübergreifenden Ansatz der Leitlinien zum Beispiel in den Bereichen

- Nachhaltige Entwicklung
- Bildung und Jugend
- Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“
- Migration und Integration
- IMAG Kommunikation der Landesregierung
- finanzielle Unterstützung von entwicklungspolitischen Akteuren
- Einbeziehung international relevanter Aspekte wie Nachhaltige Entwicklung, Fair Trade und faire Beschaffung in die regionalpolitische Perspektive.

Die Realisierung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist dabei ein zentrales Querschnittsthema. Deshalb hat in Projekten, die sich mit entwicklungspolitischen Inhalten auseinandersetzen, die Rolle der Geschlechterperspektive in unterschiedlichen Gesellschaften eine besondere Bedeutung.

### **Aktuelle Entwicklung in den Themenschwerpunkten...**

*...Bildung und Jugend (MBJS):*

Im Bereich des Globalen Lernens gibt es seit den 90er Jahren Schulen, die sich intensiv mit den Fragen der Einen Welt beschäftigen haben. Angeregt und engagiert begleitet durch die Aktivitäten freier Träger – Bsp. *Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie* Brandenburg e.V. (RAA Brandenburg), CARPUS e.V., Puerto Alegre e.V., Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit Berlin-Brandenburg e.V. (GSE) – sind auch einige stabile

Schulpartnerschaften mit Bildungseinrichtungen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerika entstanden.

Schüleraustausche wurden und werden sowohl landes-, als auch bundesseitig und seitens kirchlicher Träger sowie Stiftungen unterstützt. Insbesondere die Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT), die seit nunmehr zehn Jahren mit Unterstützung des Landes Brandenburg, dem BMZ und Kirchen jährlich veranstaltet werden, haben in Brandenburg Bildungsprozesse angestoßen und Schülerinnen und Schüler für die Fragen der Einen Welt sensibilisiert. Die unter der Schirmherrschaft der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport stehende BREBIT wird jedes Jahr durch die Hausspitze des MBSJ eröffnet. In 2013 widmet sich die BREBIT dem UN-Dekade-Thema „Mobilität“ als Jahresthema 2013 der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Im Frühjahr 2013 wurde durch das MBSJ/LISUM „Nachhaltigkeit und Globales Lernen in der Brandenburger Schule – Eine Handreichung zur Umsetzung des KMK-Orientierungsrahmens „Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mit Unterstützung des MUGV herausgegeben. Dabei steht Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in enger Verbindung zu Globalem Lernen. Das BNE-Fortbildungsangebot des Landesinstituts wird von Schulen und Lehrkräften gut angenommen.

Im außerschulischen Bereich sind insbesondere die Freiwilligendienste von Bedeutung. Allerdings werden die diesbezüglichen Bundesprogramme – hier sind insbesondere „Weltwärts“ oder „Kulturweit“ zu nennen - noch unterdurchschnittlich von jungen Erwachsenen aus Brandenburg angenommen. Bedeutsam ist daher der vom MBSJ finanzierte Freiwilligendienst „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“ der seit nunmehr dreizehn Jahren jungen Menschen einen Lern- und Arbeitsaufenthalt in den sogenannten Entwicklungsländern ermöglicht. Das Programm wird seit 2013 mit dem neuen Partner „Stiftung Nord-Süd-Brücken“ durchgeführt.

Mit der IHK Potsdam ist für die Jahre 2014 ff ein Pilotprojekt in der Diskussion, um für junge Menschen in der Berufsausbildung, nach dem Vorbildprojekt aus NRW „Junges Handwerk in der Entwicklungszusammenarbeit“, Lern- und Arbeitsaufenthalte in Afrika, Asien oder Lateinamerika zu ermöglichen. In diesem Pilotprojekt mit dem Arbeitstitel „Azubis in der Entwicklungszusammenarbeit“ wollen sich das MBSJ, die IHK Potsdam und die Stiftung Nord-Süd-Brücken engagieren.

Bezüglich der vom Nord-Süd-Center des Europarats in Lissabon angebotenen „Africa Europe Youth Cooperation“ wird geprüft, ob dieses Programm zur Förderung der Arbeitskontakte von Multiplikatoren in der Jugendarbeit in den Ländern Afrikas und Europas im Land Brandenburg umsetzbar ist.

Integrativer Bestandteil des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ sind vielfältige internationale Bezüge. Vor diesem Hintergrund ergeben sich insbesondere im Bildungsbereich Verbindungslinien zu den „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung“, die sich selbstverständlich auch in das Spektrum des Handlungsrahmens einfügen.

*...(Bildung für) Nachhaltige Entwicklung (MUGV):*

Am Round Table „Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ wird das Thema „Nachhaltige Entwicklung“ systematisch in die Diskussionen einbezogen und damit eine Grundlage für die stabile Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gelegt. Die Treffen finden jeweils jährlich statt.

Die genuine Verzahnung von „Nachhaltiger Entwicklung“ und Entwicklungspolitik wird durch eine regelmäßige Behandlung der brandenburgischen Nachhaltigkeitspolitik auf dem Round Table „Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ gewährleistet. Die diesjährige Sitzung widmete sich ausführlich der internationalen Dimension einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg. Der Entwurf

behandelt die Handlungsschwerpunkte Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, Lebensqualität in zukunftsfähigen Städten und Dörfern, Brandenburg als Modellregion im Umgang mit Energie und Klimawandel, zukunftsfähige Finanzpolitik und Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

Im Vorfeld hatte die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) zu diesem Thema eine Studie vorgelegt<sup>2</sup>, die im Rahmen des Round Table präsentiert wurde. Es wird angeregt, die „...Synergien zwischen den Prozessen Nachhaltigkeitsstrategie und Entwicklungspolitik ...“ zu nutzen, indem das Land Brandenburg als Modellregion für Partnerländer des BMZ zum Beispiel als Dialogpartner für Klimapartnerschaften dient. Die Studie ermutigt ausdrücklich, Migration als Chance zu erkennen und regt den internationalen Austausch der Erfahrungen zur Entwicklung ländlicher Räume an. Die Vorschläge der Studie wurden im Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt.

Auch der „Beirat für nachhaltige Entwicklung“ begleitet den brandenburgischen Nachhaltigkeitsprozess und beteiligt sich an der Arbeit des Round Table. Seine Empfehlungen zur Nachhaltigkeitsstrategie<sup>3</sup> enthalten Vorschläge zur Integration von entwicklungspolitischen Aspekten, die ebenfalls im Strategieentwurf verarbeitet wurden. Die Akteure des Round Table sind explizit aufgerufen, sich an der noch in 2013 geplanten Dialogphase zur Strategie zu beteiligen, um internationale und entwicklungspolitische Aspekte noch stärker zu behandeln.

Im Bereich der „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE) wurde im MUGV in 2013 eine neue Förderrichtlinie mit folgenden Schwerpunkten eingerichtet:

- Verbesserung und Qualifizierung der Bildungsangebote im Sinne einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung
- Vernetzungen und Kooperationen, die zur Entwicklung von nachhaltigen Bildungslandschaften beitragen
- Unterstützung der Ausgestaltung und Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie im Rahmen einer Verknüpfung zwischen BNE und Partizipationsstärkung.

Darüber hinaus werden z.Zt. im Rahmen der Finalisierung des „Landesaktionsplans BNE“ Ziele und Maßnahmen der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure zur Umsetzung der UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung identifiziert und dargestellt. Daran anschließend hat sich ein Diskussionsprozess über den Qualitätsstandard und die anzulegenden Kriterien an eine Bildung für nachhaltige Entwicklung ergeben, der im nächsten Jahr fortgesetzt werden wird. In beiden Tätigkeitsfeldern spielt Entwicklungspolitik unter dem Stichwort „Globales Lernen“ eine wichtige Rolle. Durch eine engere Verzahnung von Globalem Lernen mit der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ergeben sich für beide Seiten positive Effekte.

*...Migration und Integration (MASF):*

Entwicklungspolitik, Migration und Integration werden als eine Einheit betrachtet.

Gegenwärtig wird ein neues Landesintegrationskonzept (nach 2002) erarbeitet. Im Rahmen einer breiten Ressortabstimmung wurden sieben Themengebiete definiert:

- Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur
- Arbeit zur Überwindung von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus

<sup>2</sup> S. : [http://www.mugv.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/gizstudie\\_nachhaltigkeit.pdf](http://www.mugv.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/gizstudie_nachhaltigkeit.pdf); die Federführung bei der Zusammenarbeit hatte das MUGV

<sup>3</sup> S. [http://www.nachhaltigkeitsbeirat.brandenburg.de/cms/media.php/bb2.a.5490.de/empf\\_ins13.pdf](http://www.nachhaltigkeitsbeirat.brandenburg.de/cms/media.php/bb2.a.5490.de/empf_ins13.pdf)

- Bildung
- Berufliche Perspektiven
- Gesundheit und Pflege
- Asylsuchende und Flüchtlinge
- Gesellschaftliche Teilhabe.

Insgesamt wird eine frühzeitige Integration von Zuwanderern im Land angestrebt. Schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen werden entsprechende Vorsorgemaßnahmen getroffen und Unterrichtsangebote für Kinder bereitgestellt.

Für die Erwachsenen soll das „IQ Netzwerk Brandenburg“ - <http://www.brandenburg.netzwerk-ig.de> - die Arbeitsmarktintegration verbessern. Zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen ist ein Landesanerkenntnisgesetz in Arbeit.

.....Wissenschaft und Forschung (MWFK):

Die Internationalisierung der Hochschulen ist die Schnittstelle zur nachhaltigen Entwicklungspolitik. Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, werben die Hochschulen um Studierende sowie Forscherinnen und Forscher rund um den Globus. So kamen im Wintersemester 2012/2013 etwa ein Drittel der ausländischen Studierenden (rd. 2.200) aus sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern (Südamerika: 370; Afrika: 504; Naher Osten und Asien: 1.332) und rund 600 Studierende aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (ohne Russland). Diese Studierenden werden nach der Rückkehr in ihre Heimatländer mit ihrem hier erworbenen Wissen deren Entwicklung unterstützen. Da insgesamt rund 13 % der Studierenden und 12 % des wissenschaftlichen Personals in Brandenburger Hochschulen aus dem Ausland sind, haben die Hochschulen Welcome-Center, Career Services oder International Offices eingerichtet, die sich umfassend um ausländische Studierende und Lehrende kümmern. Die Vermittlung interkultureller Erfahrungen für alle Hochschulangehörige steht ebenso auf dem Programm wie Lehrveranstaltungen und Projekte, die sich mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung oder Entwicklungspolitik beschäftigen. Gegenwärtig haben Brandenburgs Hochschulen 15 strategische Partnerschaften mit Einrichtungen in Entwicklungs- und Schwellenländern, darunter mit Hochschulen in Südafrika, Namibia, Mexiko, Kuba, Laos, Vietnam, Kasachstan und Usbekistan. Diese Partnerschaften dienen nicht nur dem Austausch von Studierenden und Lehrenden und der Generierung von neuem Wissen in gemeinsamen wissenschaftlichen Projekten, sondern sind auch prägend für die Entwicklungszusammenarbeit.

Die Bedeutung der Hochschulen für die Entwicklungszusammenarbeit wurde auch auf europäischer Ebene erkannt. So heißt es in der Mitteilung der EU-Kommission zu „Europäische Hochschulbildung in der Welt“ vom 11.07.2013: „...Die europäischen Hochschuleinrichtungen sind sich der Tatsache bewusst, dass sie eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der Modernisierungsanstrengungen von Schwellen- und Entwicklungsländern zu spielen haben und einen Beitrag zu den Lösungen für globale Herausforderungen wie den Klimawandel sowie zur Verringerung des Entwicklungsgefälles zwischen den Völkern und Staaten leisten müssen...“

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Brandenburg führen eine Vielzahl von Forschungsvorhaben gemeinsam mit Einrichtungen in Drittstaaten durch, die auch Themen der nachhaltigen Entwicklung beinhalten. Zwei anschauliche Beispiele sollen dies verdeutlichen: Das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung in Müncheberg und das Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau in Großbeeren haben bei der Initiative „Globale Ernährungssicherung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung den Zuschlag für zwei Forschungsprojekte erhalten. Bei einem Projekt werden regionale Nahrungsmittelwertschöpfungsketten in Tansania identifiziert, getestet und standortspezifisch angepasst. Bei dem anderen Projekt geht es darum, Produktion und Angebot

von frischem Gemüse in Ostafrika zu erhöhen und damit zu einer verbesserten Nahrungsmittelversorgung sowie zur Verringerung der Kosten beizutragen. Bei beiden Projekten werden junge afrikanische Forscherinnen und Forscher angeleitet, künftig eigene Projekte zu planen und durchzuführen.

....Federführung innerhalb der Landesregierung und überregionale Vernetzung (MWE):

Die Leitlinien legten den Grundstein für einen neuen Prozess in der Entwicklungspolitik von Brandenburg mit institutionalisiertem Round Table der brandenburgischen Stakeholder. Seine aktive Begleitung stellt eine Herausforderung für sich dar. Für alle Beteiligten ist das ein gemeinsamer Lernprozess zur Entwicklung moderner Beteiligungsformate.

Der Round Table „Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ hat in seiner 4. Sitzung im Juni dieses Jahres angeregt, das Thema der „Kommunalen Entwicklungspolitik“ zukünftig als einen weiteren Arbeitsschwerpunkt vorzusehen. Das MWE unterstützt in 2013 zwei Maßnahmen von Projektträgern, die in einem ersten Schritt noch bis Ende 2013 den aktuellen Sachstand im Land Brandenburg zum Beispiel zu kommunalen Entwicklungspartnerschaften, Beschlüssen zu fairer Beschaffung oder entsprechenden Initiativen und Erfahrungen eruieren und dokumentieren sollen.

Insgesamt wurden im Haushaltsjahr 2013 rund 75.000 Euro in Projekten gebunden. Der vom MWE verwaltete Titel „Zuschüsse für entwicklungspolitische Projektförderung“ ist vollständig in Projekten gebunden (60.000 Euro). Darüber hinaus konnten 15.000 Euro zusätzlich aus dem MWE-Bereich für die entwicklungspolitische Projektförderung zur Verfügung gestellt werden. In den diesjährigen Finanzierungsplänen der Projektträger mussten insbesondere auch Honorarkosten berücksichtigt werden.

Die Beteiligung Brandenburgs am BMZ-Programm des sog. „Promotorenmodells“ war für den Haushalt 2013 / 2014 nicht möglich, weil bis zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes die Regularien auf Bundesebene nicht feststanden. Das BMZ hat erst im Mai diesen Jahres (2013) über die Ausgestaltung des Promotorenmodells auf der Grundlage entsprechender Förderanträge der NGO's entschieden und die Möglichkeiten für eine weitere, nach eigenen Aussagen letztmalige, Übergangsphase mit Zuwendungsbescheiden an die Nichtregierungsorganisation im Rahmen zweier weiterer Förderprogramme geschaffen. Es handelt sich um ein Personalkostenförderprogramm für ostdeutsche Länder und um das bundesweite Programm „Capacity Building“. Allerdings wurden erheblich weniger Bundesmittel als beantragt und erwartet genehmigt. In Brandenburg führt das zu einer weiteren Verschlechterung der Personal- und Projektsituation bei den Nichtregierungsorganisationen.

Bislang konnte mit dem vorhandenen Haushaltstitel im MWE geholfen werden, bestehende Strukturen der NGO-Szene zu stabilisieren. Noch kann in Brandenburg auf das Know How versierten Personals im Bereich der Nichtregierungsorganisationen zurückgegriffen und gleichzeitig anspruchsvolle Projekte durchgeführt werden. Vor dem Hintergrund der weiteren praktischen Untersetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien, der Stabilisierung der NGO-Szene und dem aus bisheriger Politik der Landesregierung und Beschlusslage des Landtages abzuleitenden Landesinteresses wird das MWE seine Bemühungen verstärken, in eigener Zuständigkeit mit der entsprechend gestellten Aufgabe für das Feld der Entwicklungspolitik innerhalb der Landesregierung und gegenüber dem Bund die brandenburgischen Aktivitäten der Projektträger zu unterstützen.

Die Landesregierung sieht die gemeinsam zu gestaltenden Maßnahmen im Rahmen ihrer Leitlinien auch als spezifischen Beitrag des Landes Brandenburg zur aktuellen Beschlusslage der deutschen Länder und damit zur konkreten Umsetzung der gemeinsamen Verantwortung für Entwicklungspolitik

von Bund, Ländern und Kommunen. Der bilaterale Austausch und die Abstimmung mit Berlin, insbesondere mit dem Berliner Senat und der Stiftung Nord-Süd-Brücken, werden fortgesetzt.

Im Zentrum der Bemühungen des Landes auf Bundesebene um eine effektive Vernetzung steht der „Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit“. Das Land hat mit Beschluss dieses Ausschusses den Vorsitz der „AG Bildung und Information“ übernommen.

Die neue Portalseite zur Länderpolitik „Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik“ ist seit Februar 2013 online. Unter <http://www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de> kann zum ersten Mal überhaupt eine Zusammenstellung von Ideen, Maßnahmen und Projekten der deutschen Länder in der Entwicklungspolitik eingesehen werden. Das Land Brandenburg hatte mit NRW dazu die Initiative ergriffen und die Federführung seitens der Länder in der konkreten Umsetzung gegenüber dem Dienstleister „World University Service- Germany“ übernommen.

Aus dem Land Brandenburg kommt der Beauftragte des Bundesrates in der EU-Ratsarbeitsgruppe „Entwicklungszusammenarbeit“. Er trägt Sorge für die inhaltliche Vernetzung der Politik der Deutschen Länder mit EU-Themen. Ein Beispiel praktischer Arbeit aus diesem Bereich ist die im Herbst 2013 in den Bundesrat eingebrachte Beschlussfassung zum Vorschlag der Europäischen Kommission zu einem „EU- Entwicklungsjahr 2015“. Diese wurde durch Brandenburg initiiert und in enger Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Beschlussreife am 20. 9. 2013 (BRat- Drs. 599/13 – Beschluss-) geführt.

Auf Initiative des BMZ wurde ein EZ-Scout-Programm geschaffen, um Wirtschaftsunternehmen durch Expertinnen und Experten bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Projekte zu begleiten. Momentan arbeiten bundesweit 32 Scouts. Im Land Brandenburg hat die IHK Potsdam den Zuschlag bekommen. Die hier für insgesamt drei Jahre eingestellte Kollegin ist in den Round Table-Prozess eingebunden.

### **Ausblick : Streitkultur, Beharrlichkeit und Transparenz**

Die Landesregierung Brandenburg hat den landesseitigen Beitrag zur Entwicklungspolitik modernisiert und ihm eine neue Qualität gegeben. Dies spiegelt sich in einer intensiven Verzahnung von regionalpolitischem Handeln und internationalen Bezügen wider.

Es liegt im Interesse des Landes, das Wissen, die Empathie und die Erfahrung der NGO einzubeziehen. Die Landesregierung unterstützt dabei aktiv das gemeinschaftliche Zusammenwirken der Akteure.

Der Round Table „Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ ist der erste Schritt zur Etablierung einer tragfähigen Streitkultur, welche es gilt weiter zu entwickeln. Unser Ziel ist es, ein dauerhaftes und transparentes Qualitätsmanagement unter Berücksichtigung zukunftsweisender Formate zu schaffen, um zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Insoweit kann zum Beispiel im Berichtszeitraum auf die Mediation zwischen den entwicklungspolitischen Akteuren in Bezug auf Durchführung von Projekten, Erarbeitung und Vermittlung der Inhalte verwiesen werden oder auf die Sicherung und die Pflege dauerhafter Personalstrukturen bzw. finanzieller Unterstützung.

Die Vernetzung des Landes auf Bundes- und EU-Ebene wird weiter vorangetrieben. Hier bieten die Erfahrungen der Partner - z.B. im Bildungsbereich, der entwicklungspolitischen Kommunikation und dem Zukunftsthema der kommunalen Entwicklungspolitik - Rückhalt und Ansporn. Damit sollen die eigenen Maßnahmen stetig weiter verbessert sowie die Mitgestaltungsmöglichkeiten an der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gewahrt werden. Die gemeinsame Untersetzung des genannten Bundesratsbeschlusses zum „EU-Entwicklungsjahr 2015“ bietet dazu die nächste konkrete Gelegenheit.